

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Weiterentwicklung des Hilfesystems für psychisch kranke Menschen

Zur Hilfe für psychisch kranke Menschen und deren Umfeld existieren in der Stadtgemeinde Bremen der Sozialpsychiatrische Dienst und der Kriseninterventionsdienst der regionalen psychiatrischen Behandlungszentren. Die Dienste werden auch aktiv in Situationen, in denen die Kranken selbst oder Dritte aufgrund der Krankheit der Betroffenen gefährdet sind oder sein könnten.

Nachdem es in den vergangenen Jahren zu einigen ausgeführten oder versuchten Tötungsdelikten durch psychisch kranke Menschen kam, hat der Senat bei der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) eine Bewertung des Hilfesystems in Auftrag gegeben, die seit Januar 2006 vorliegt. In diesem Gutachten werden zahlreiche spezifische, aber auch übergreifende Empfehlungen gegeben. Wichtig ist nun, dass und wie diese Empfehlungen in die Praxis der Hilfe für psychisch kranke Menschen umgesetzt werden.

Darüber hinaus gibt es Planungen für Veränderungen im Hilfesystem für psychisch kranke Menschen, die ebenfalls Auswirkungen auf die Versorgung der Betroffenen haben können.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Konsequenzen hat der Senat aus den folgenden Empfehlungen des FOGS-Gutachtens gezogen, oder wird er in welchem Zeitrahmen ziehen?
 - Erarbeitung eines Konzepts für eine spezielle Nachsorge von Risikopatienten im Sinn von Gewaltprävention und modellhafter Erprobung in einem Behandlungszentrum,
 - Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen den unterschiedlichen Behandlungsbereichen der regionalen psychiatrischen Behandlungszentren sowie zwischen den Behandlungszentren und den niedergelassenen Nervenärztinnen und -ärzten,
 - Optimierung der Behandlungsplanung,
 - Fortführung des flächendeckenden Erfahrungsaustauschs zwischen den Behandlungszentren und der Polizei,
 - Einbindung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behandlungszentren und des Kriseninterventionsdienstes in die Planung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Supervisionen,
 - Entwicklung von Ergebniskriterien bei der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung,
 - Verbesserung der Sachausstattungen des Krisendienstes (bessere Vernetzung der Dienste untereinander, Verbesserung der räumlichen Ausstattung und Anpassung der Dienstfahrzeuge an heutige Sicherheits- und Ausstattungsstandards),
 - möglichst baldige Umsetzung der noch ausstehenden Regionalisierungsschritte, insbesondere der Schaffung eines tagesklinischen Angebotes in der Region Bremen-Mitte,

- Weiterentwicklung der Corporate Identity aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behandlungszentren,
 - Verbesserung des Dokumentationssystems, insbesondere im Hinblick auf die Erfassung von Krisendiensteinsätzen.
2. Hat der Senat zur Erörterung und Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen aus dem FOGS-Gutachten eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der regionalen psychiatrischen Behandlungszentren und des Gesundheitsamts Bremen eingesetzt, und welche Ergebnisse hat diese Arbeitsgruppe bisher erbracht?
 3. Welche konkreten Standardabsenkungen sind im betreuten Wohnen für psychisch kranke Menschen bzw. für suchtkranke Menschen in Wohnheimen geplant?
 4. Wie soll die komplementäre psychiatrische Versorgung (Wohnen, Tagesstruktur, Arbeit, Beschäftigung) weiterentwickelt werden, gerade vor dem Hintergrund der Einführung von Trägerbudgets?

Dr. Matthias Güldner, Elisabeth Wargalla,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen